

Detlef Schmiechen-Ackermann

Solidarische Interessenvertretung und kulturelle Selbstbehauptung

Der polnische Berufsverband »Zjednoczenie Zawodowe Polskie« (ZZP) und die Etablierung einer gewerkschaftlichen Organisation in der hannoverschen Zementindustrie vor 1914

Mit der Frage nach dem historischen Verhältnis von Gewerkschaften und ausländischen Arbeitnehmern, hier speziell den polnischen Zuwanderern in den westlichen Industrieregionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wendet sich diese Fallstudie einer Thematik zu, die als ein »blinder Fleck« der Gewerkschaftsgeschichte bezeichnet werden muß. Moderne Arbeitsmigration und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte haben in der deutschen Industrie mittlerweile eine über hundertjährige Tradition.¹ Inzwischen hat das bestehende Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West erneut zu einem in Polen selbst so bezeichneten »Drang nach Westen« geführt.² Trotz der sich aus dem Vereinigungsprozeß ergebenden sozialen Probleme wird die vergrößerte Bundesrepublik auch weiterhin eine starke ökonomische Anziehungskraft besitzen. Probleme der Arbeitsmigration werden im vereinigten Deutschland also aktuell bleiben, zugespitzt als Diskussion um Chancen und Probleme einer »multikulturellen Gesellschaft«.

In der wilhelminischen Zeit übertraf die Ost-West-Binnenwanderung innerhalb der Reichsgrenzen quantitativ den Umfang der Auswanderungsbewegung. Fast eine halbe Million Polen und Masuren zogen in das Ruhrgebiet, in etlichen deutschen Städten entstanden polnische »Kolonien«.⁴ Jährlich rund 600 000 Saisonarbeiter aus dem Osten gewährleisteten zudem das Funktionieren der deutschen Landwirtschaft.⁵ Die fremden Industriearbeiter brachten einen spezifischen Erfahrungshintergrund aus ihrer Heimat mit, entwickelten an den neuen Arbeitsorten eine eigene Subkultur, ein polnisches Sozialmilieu.⁶ Ländlich-

1 Ulrich Herbert, Ausländer und andere Deutsche. Bemerkungen über die Vorgeschichte einer aktuellen Diskussion, in: Geschichtswerkstatt 23, 1991, S. 5–13.

2 Wolf Oschlies, Polnischer »Drang nach Westen«. Dynamik und Motive der jüngsten Emigrationswelle aus Polen. Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 30/39 (April 1989). Zwischen 1980 und 1989 verließen über eine Million Polen ihr Heimatland in Richtung Westen.

3 Vgl. Claus Leggewie, Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin 1990.

4 Grundlegend hierzu: Hans-Ulrich Wehler, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: Ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 437–455; Christoph Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978, sowie aus polnischer Sicht Krystyna Murzynowska, Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880–1914, Dortmund 1979.

5 Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin/Bonn 1986, S. 15 ff.; Rainer W. Fuhrmann, Polen. Abriß der Geschichte, Hannover 1981, S. 99.

6 Zum Milieu der nationalen Minderheiten im Rahmen des Modells sozial-moralischer Milieus der Arbeiterschaft vgl. M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

agrarische Traditionen und der ausgeprägte Katholizismus der Polen bestimmten die gesellschaftlichen Orientierungsmuster, während auf gewerkschaftliche Erfahrungen fast überhaupt nicht zurückgegriffen werden konnte. So galten die preußischen Ostprovinzen als das »klassische Land der sozialen Rückständigkeit«. ⁷ Vielfach wurden die Zuwanderer aus dem Osten als bedürfnislose Arbeiter ohne Kultur, als »Proletariat zweiter Klasse« ⁸ angesehen. Von der deutschen Arbeiterschaft wurden sie als »Schmutzkonkurrenten«, als potentielle »Lohndrücker« und Streikbrecher betrachtet. ⁹ Polnische Vereinsgründungen wurden vom Staat, aber auch von den gesellschaftlichen Großgruppen wie Kirchen und Gewerkschaften in der Regel nur unter dem Blickwinkel der selbstgewählten Separierung einer »nationalpolnischen Bewegung« gesehen.

Die gängigen Darstellungen zur Geschichte der Gewerkschaften konzentrieren sich ganz auf die Konkurrenz der Freien Gewerkschaften mit der christlichen Arbeiterbewegung und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, also auf die Kräfte, die später bei der Gründung der Einheitsgewerkschaften wirksam wurden. Die Sonderentwicklung des nationalen polnischen Berufsverbandes bleibt unberücksichtigt. ¹⁰ Schneider betont, daß der Zustrom polnischer Arbeiter die »Bruchlinien in der Arbeiterschaft verursacht bzw. vertieft« habe. Dies gelte nicht nur »in Form ethnisch-religiöser, sondern auch sozialer Unterschiede; denn solange der »Nachschub« ungelernter und wenig anspruchsvoller Arbeitskräfte anhielt, so lange boten sich für die besser ausgebildeten deutschen Arbeiter leichtere Aufstiegschancen – und auch die Möglichkeit, ein eigenes Statusbewußtsein zu kultivieren.« ¹¹ Diese Argumentation kann angesichts der von Herbert herausgearbeiteten Kontinuität der Ausländerbeschäftigung in Deutschland ¹² allerdings nicht voll überzeugen; die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Stabilisierung wären demnach immer fragwürdig geblieben. Ein Beispiel für verschüttete Traditionen ist die Jubiläumsschrift »Vom Fabrikarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik«. ¹³ Der von den Misburger Zementarbeitern während des Kaiserreichs breit getragene polnische Berufsverband findet mit keinem Wort Erwähnung, obwohl die Zementindustrie in Hannover, dem Sitz des Fabrikarbeiterverbandes, eine wichtige Rolle spielte. Die Orientierung auf eine »Geschichte

7 Josef Kliche, Proletarische Organisationsfragen in der Provinz Posen, in: *Neue Zeit* 27/I, 1908, S. 224–233, hier S. 224.

8 Arthur Dix, Das Slaventum in Preußen, seine Bedeutung für die Bevölkerungsbewegung und Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 15, 1898, S. 561–602, hier S. 599.

9 Etliche Beispiele in: Klaus J. Bade, Vom Auswanderungsland zum »Arbeitseinfuhrland«: kontinentale Zuwanderung und Ausländerbeschäftigung in Deutschland im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), *Auswanderer-Wanderarbeiter-Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Ostfildern 1984, Bd. 2, S. 474.

10 So Klaus Schönhoven, *Die deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt/Main 1987; ders., *Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918*, in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945*, Köln 1987, S. 167–278; Arno Klönne/Hartmut Reese, *Kurze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Frankfurt/Main 1986; Hans Limmer, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, 12. Aufl., München 1988; Norbert Eickhoff, *Eine Theorie der Gewerkschaftsentwicklung. Entstehung, Stabilität und Befestigung*, Tübingen 1973; Wolfgang Abendroth, *Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration*, Berlin 1989.

11 Michael Schneider, *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 1989, S. 68.

12 Herbert, *Ausländerbeschäftigung*.

13 Zum 100jährigen Organisationsjubiläum herausgegeben vom Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik, eingeleitet und bearbeitet von Hermann Weber, Köln 1989.

von unten«, die in den letzten Jahren in den Gewerkschaften spürbar wurde¹⁴, macht die Beschäftigung auch mit solchen Gruppen und Ideen notwendig, die sich im historischen Verlauf nicht durchsetzen konnten. In diesem Sinne soll im Rahmen einer Fallstudie der Frage nach Ursache und Wirkung von nationalem Separatismus und gesellschaftlicher Diskriminierung nachgegangen werden.

MISBURG – DAS PROFIL EINES HANNOVERSCHEN INDUSTRIEVORORTES WÄHREND DER HOCH-INDUSTRIALISIERUNG

Die Fabrikindustrie hatte sich im Königreich Hannover erst zu einem vergleichsweise späten Zeitpunkt etabliert.¹⁵ Die vor den Toren der seit 1866 preußischen Provinzhauptstadt Hannover liegende Ortschaft Misburg bewahrte bis etwa 1880 den Charakter einer bescheidenen dörflichen Siedlung am Rande des Altwarmbüchener Moores.¹⁶ Binnen eines Jahrzehnts entstanden dann fünf »Zementquetschen« in Misburg und auf der Gemarkung des Nachbardorfes Anderten sowie drei weitere in der näheren Umgebung. Die leicht abbaubaren Kalkmergelvorkommen bildeten zusammen mit der bald übernommenen Technik der Portlandzement-Herstellung¹⁷ die Basis für die Entwicklung einer florierenden Zementindustrie.

War der Aufbau der Metall- und Textilindustrie in der Stadt Hannover und ihren Vororten Linden, Döhren und Wülfel um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch im wesentlichen aus dem lokalen Arbeitsmarkt und durch Heranziehen von Arbeitskräften aus dem südniedersächsischen Raum erfolgt¹⁸, so war für die Zementindustrie von Anfang an die Rekrutierung unqualifizierter und möglichst gering entlohnter Arbeitskräfte aus den preußischen Ostprovinzen charakteristisch. Die Industrialisierung erfolgte in Misburg mit »fast amerikanischer Schnelligkeit«.¹⁹ Eine »Integration« in die bestehende Sozialstruktur des protestantischen Bauerndorfes kam allein schon deshalb nicht in Frage, weil die aus Polen stammenden katholischen Zuwanderer in dieser Periode des extremen Bevölkerungswachstums in Misburg vorübergehend sogar die Mehrheit der Bevölkerung stellten. So stellt sich die soziale Topographie des Ortes durchaus als vergleichbar mit den Verhältnissen im Ruhrgebiet dar, freilich im übersichtlichen Kleinform und als isolierte Zuwanderungsinsel.

Neben dem Ruhrgebiet²⁰ und Berlin²¹ als den Zentren der polnischen Arbeitsemigration waren auch in Norddeutschland drei Zuwanderungsschwerpunkte auszumachen. Die

14 *Manfred Scharrer*, Bericht über das DGB-Projekt »Geschichte von unten«, vorgelegt auf dem Abschlußseminar des Projekts vom 4. bis 6. Mai 1987 an der DGB-Bundesschule in Hattingen, in: *IWK* 1987/II, S. 231–238; *ders.*, Das DGB-Projekt »Geschichte von unten« geht weiter, in: *Geschichtswerkstatt* 18, 1989, S. 68 f.

15 Vgl. *Detlef Schmichen-Ackermann*, Ländliche Armut und die Anfänge der Lindener Fabrikarbeiterschaft. Bevölkerungswanderungen in der frühen Industrialisierung des Königreichs Hannover, Hildesheim 1990.

16 Zur Ortsgeschichte vgl. *Anton Scholand*, Misburgs Boden und Bevölkerung im Wandel der Zeiten, 2. Aufl., Hildesheim 1950 (erstmalig Leipzig 1937).

17 Zu den Einzelheiten des Produktionsverfahrens vgl. *W. Balke*, Die Misburger Zement-Industrie, in: *Anderten-Misburg bei Hannover*, Hannover 1927, S. 23–25.

18 *Schmichen-Ackermann*, Ländliche Armut, S. 167–194.

19 Chronik der Herz-Jesu-Kirche in Misburg, S. 2, in: Katholisches Kirchengemeindearchiv Misburg.

20 Es liegen eine Reihe von Untersuchungen zu den »Ruhrpolen« vor: *Hans-Ulrich Wehler*, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: *VSWG* 48, 1961, S. 203–235; *Kleßmann*, Polnische Bergarbeiter; *Murzynowska*, Erwerbsauswanderer; *Richard C. Murphy*, Gastarbeiter im Deutschen Reich. Polen in Bottrop 1891–1933, Wuppertal 1982; *Christoph Kleßmann*, Integration und Subkultur na-

größte Kolonie hatte sich mit etwa 15 000 bis 20 000 Polen in Hamburg und Harburg-Wilhelmsburg²² gebildet, eine zweite um Bremen und Delmenhorst mit etwa 13 000 polnischen Zuwanderern.²³ Vergleichsweise bescheiden nahm sich dagegen die Zahl der in und um Hannover lebenden Polen aus, die zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg, mit einer während dieser Periode noch leicht zunehmenden Tendenz, auf etwa 3 500 bis 5 000 geschätzt werden kann.²⁴ Zu Beginn des Ersten Weltkrieges zählte das Industriedorf Misburg rund 6 000 Einwohner, etwa die Hälfte davon waren aus Polen zugewanderte Katholiken.

ZUWANDERERQUARTIER UND POLNISCHES SOZIALMILIEU

Zwischen 1880 und 1890 waren in einem großen Schub etwa 600 Zementarbeiter durch Werber nach Misburg geholt worden, die zunächst eine relativ homogene soziale Gruppe bildeten. Da die Beschäftigung von »ausländischen« Polen in der deutschen Industrie aufgrund der antipolnischen »Abwehrpolitik«²⁵ verboten war, richtete sich das Augenmerk verstärkt auf die preußischen Ostprovinzen. Fast zwei Drittel der Zuwanderer stammten aus der Provinz Posen, je etwa 10 % aus Westpreußen, Hinterpommern und Schlesien. Es waren junge, meist unverheiratete Männer katholischen Glaubens und sie gehörten zu 95 % der ländlichen, polnisch sprechenden Bevölkerung an.²⁶ Seit 1890 fanden neben den polnisch-katholischen auch zunehmend deutschstämmige protestantische Arbeiter in den Zementfabriken Beschäftigung. Aufgrund des chronischen Arbeitskräftemangels wurden zudem die staatlichen Beschäftigungsverbote für »ausländische« Polen von den Zementwerken kontinuierlich unterlaufen.²⁷ Während des Ersten Weltkrieges erwirkten die Unternehmer die Genehmigung, Arbeitskräfte aus dem besetzten Russisch-Polen heranzuziehen und erhielten sogar russisch-polnische Kriegsgefangene als »Ersatzarbeiter« zugewiesen.²⁸ Man kann insgesamt feststellen, daß die Misburger Zementindustrie wesentlich von

tionaler Minderheiten: das Beispiel der »Ruhrpolen« 1870–1939, in: *Bade* (Hrsg.), *Auswanderer*, Bd. 2, S. 486–505; *Herbert*, *Ausländerbeschäftigung*, S. 71–81.

21 Einschlägig dazu *Gottfried Hartmann*, Polen in Berlin, in: *Stefi Jersch-Wenzel/Barbara John* (Hrsg.), *Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugonotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin*, Berlin 1990, S. 593–800.

22 Dazu *Elke Hauschildt*, *Polnische Arbeitsemigranten in Wilhelmsburg während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Dortmund 1986; *dies.*, Die Zuwanderung polnischer Arbeiter nach Wilhelmsburg zwischen 1880 und 1920 und ihre gesellschaftliche Integration, in: *Arno Herzig/Dieter Langewiesche/Arnold Sywottek* (Hrsg.), *Arbeiter in Hamburg*, Hamburg 1983, S. 331–338.

23 *Karl Marten Barfuss*, »Gastarbeiter« in Nordwestdeutschland 1884–1918, Bremen 1985.

24 *Detlef Schmiechen-Ackermann*, Zwischen Integration und Rückzug in das Milieu einer nationalen Minderheit: Polnische Zuwanderer im Arbeitervorort Misburg 1880–1930, in: *Hans-Dieter Schmid* (Hrsg.), *Hannover – Am Rande der Stadt* (erscheint 1992).

25 Da man durch den Zuzug von Arbeitskräften aus dem österreichischen und russischen Teil Polens in die Industrieviertel des Deutschen Reiches eine verstärkte »Polnisierung des Westens« befürchtete, durften Polen, die nicht preußische Staatsbürger waren, nur saisonweise in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt werden. Zur »Überfremdungs«-Debatte und zur antipolnischen »Abwehrpolitik« vgl. *Martin Broszat*, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1972, S. 129–172; *Hans-Ulrich Wehler*, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 5. Aufl., Göttingen 1983, S. 114–118; *Richard Blanke*, *Prussian Poland in the German Empire (1871–1900)*, New York 1981, S. 121–145; *Herbert*, *Ausländerbeschäftigung*, S. 15–70.

26 Differenzierte Ergebnisse der Stichprobenuntersuchung zur regionalen Herkunft bei *Schmiechen-Ackermann*, *Integration*.

27 Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (NHStA), Hann. 174 Hannover I 128.

28 NHStA Hann. 174 Hannover I 215 bis 217.

polnischen Arbeitsmigranten aufgebaut wurde.²⁹ Ein Funktionär des polnischen Berufsverbandes bemerkte dazu im Jahr 1906: »Die Kapitalisten nehmen die Polen-Arbeiter zu ihren schweren Arbeiten lieber als die deutschen Arbeiter. Die Polen lassen sich in ihren Arbeiten mehr ausnutzen als die Deutschen.«³⁰

Da die Aufnahmefähigkeit des Dorfes bei weitem nicht ausreichte, um die Zuwanderungswelle zu absorbieren, errichteten die Fabriken große Schlafhäuser. In diesen »Kantinen«, die besonders in der Frühzeit ein Charakteristikum der Misburger Zementindustrie darstellten, fanden ledige Arbeiter, zum Teil auch Familien, eine firmeneigene Unterkunft und wurden gegen Bezahlung dort auch gepflegt. Einige Gastwirte boten vergleichbare Wohnmöglichkeiten auf privater Basis an. Von der eingesessenen protestantischen Dorfbevölkerung wurden die Fremden reserviert betrachtet. Der evangelische Pfarrer bemerkte kritisch, »daß sich zu der Arbeit auf den hiesigen Cementfabriken Elemente einfinden, die kein gutes Beispiel geben.«³¹ Während die Zuwanderer durch das Dreiklassenwahlrecht von der Mitwirkung an der Gemeindegeldverwaltung praktisch ausgeschlossen blieben, scheint es in der schnell gewachsenen Industriegemeinde relativ problemlos zu einem Arrangement zwischen der alten Dorfelite und den neuen Fabrikherren gekommen zu sein.³²

Aus der Gruppe der ursprünglich ledigen Zuwanderer entwickelte sich im Laufe der Jahre eine ortsstabile polnische Kolonie, die sich nun auch aufgrund eines hohen Geborenüberschusses vergrößerte. Familiengründung und dauerhafte Sesshaftwerdung machten um 1900 die Schaffung weiterer Wohnmöglichkeiten und die Regelung der kirchlichen Versorgung unumgänglich. Eine auf Initiative des Fabrikdirektors der Hannoverschen Portland ins Leben gerufene Baugenossenschaft errichtete in der Nähe der Zementfabriken eine Siedlung mit Arbeiterhäusern. Trotz intensiver Proteste von Wortführern der Misburger Polen entschied das für die seelsorgerische Betreuung der Katholiken im hannoverschen Diasporagebiet zuständige Bischöfliche Generalvikariat Kirche und Schule in dieser Siedlung – und damit zwei Kilometer vom Dorfkern entfernt – zu errichten. Der in Misburg eingesetzte deutsche Pfarrer verschärfte die kirchlichen Konflikte, indem er die bereits bestehenden polnisch-katholischen Vereine brüskierte und einen eigenen Männerverein mit ausgesprochen deutscher Prägung gründete. In seiner zu 95 % aus Polen bestehenden Gemeinde versuchte er, den Gebrauch der deutschen Sprache rigide durchzusetzen. Aus der Gemeinde wurde ihm eine »fortwährende Germanisierung« vorgeworfen. Er hetze sogar beim Landrat gegen die polnischen Vereine und denunziere ihre Wortführer. Ausgerechnet auf dem Gebiet des kirchlichen Lebens, das die persönliche Lebensgestaltung und den traditionellen Lebensentwurf der polnischen Zuwanderer ganz entscheidend prägte, erfuhren sie kontinuierlich eine als demütigend empfundene Zurücksetzung.³³ Ein in Misburg gebildetes Protestkomitee der polnischen Katholiken forderte die Entsendung eines polnischen Geistlichen und verwies darauf, daß nach der Einweihung der Misburger Herz-Jesu-Kirche im Jahr 1905 allsonntäglich 500 bis 600 Personen den Gottesdienst besucht hätten. Vier Jahre später erschienen nur noch etwa 150 Personen zum Hauptgottesdienst und die Frühmesse und die Nachmittagsgottesdienste seien fast gar nicht mehr besucht.³⁴

29 Vgl. zur Situation im Ruhrgebiet *Bernhard Parisius*, *Lebenswege im Revier. Erlebnisse und Erfahrungen zwischen Jahrhundertwende und Kohlenkrise*, 2. Aufl., Essen 1985, S. 28 ff.

30 Rede des ZZZP-Funktionärs Korpus im Gasthaus Rogalla in Misburg, 22. 4. 1906, polizeilicher Überwachungsbericht, NHStA Hann. 174 Hann. I 135.

31 Bericht über den kirchlichen und sittlichen Zustand der Gemeinde durch den Ortspastor anlässlich einer Kirchenvisitation im Jahre 1896, Landeskirchliches Archiv Hannover, A 9, 1582.

32 Stadtarchiv Hannover: Protokollbuch über Gemeinde-Versammlungen der Gemeinde Misburg, Band 1 (1878–1895) und 2 (1897–1916).

33 Vgl. dazu *Schmiechen-Ackermann*, *Integration*.

34 Eingabe des Protestkomitees vom 4. 3. 1909, Bistumsarchiv Hildesheim (BistA), Gemeindeakten Misburg (ohne systematische Signatur).

Immer mehr Polen hätten der Kirche unter diesen Umständen den Rücken gekehrt. Einzelne Familien schickten ihre Kinder sogar lieber in die evangelische Schule. So zog ein Beschwerdeführer den Schluß: »Wenn nicht bald eine Abänderung durch einen anderen Pastor, der für die Polen Sympathie hat, kommt, geht die Gemeinde zu Grunde.«³⁵

Erst die Bevormundung durch die katholische Kirche und die alltägliche Diskriminierung durch die deutschstämmigen Einwohner³⁶ provozierten im Zusammenspiel mit dem von der Regierung vertretenen staatlichen Antipolonismus³⁷ nach der Jahrhundertwende eine spürbare polnische Bewegung in Misburg. So stellte ein polizeilicher Überwachungsbericht im Jahr 1907 fest, daß in einer Polenversammlung anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahl »gehässige Reden« gehalten worden seien, die »geeignet erscheinen, das bisherige gute Einvernehmen zwischen Polen und Nichtpolen zu schädigen.«³⁸ Obwohl durch die Oberbehörden, die hinter jeder geselligen Versammlung eine politische Demonstration vermuteten, die genaue Beobachtung aller polnischen Aktivitäten angeordnet worden war, hatten die stenographischen Überwachungsberichte der Gendarmen bis dahin überhaupt keine Anzeichen für eine politische Bewegung der Polen ergeben. Rund zwanzig Jahre hatte in der seßhaft werdenden polnischen Kolonie ein ausgesprochen integrationsfreundliches Selbstverständnis vorgeherrscht. Die Ortspolizisten, die Misburger Gemeindeverwaltung, der Landrat und die Fabrikherren sahen in den Zuwanderern übereinstimmend »völlig harmlose Cementarbeiter, welche weder Politik betreiben, noch agitatorisch für eine Wiederherstellung des ehemaligen Königreichs Polen wirken.«³⁹

INDUSTRIELLE ARBEITSERFAHRUNGEN UND KONFLIKTVERHALTEN

Die Arbeit in den Zementfabriken war körperlich hart, gefährlich und gesundheitsschädlich. Schlechte Arbeitsbedingungen, verbunden mit einer vergleichsweise geringen Bezahlung⁴⁰, trugen wesentlich dazu bei, daß die Misburger Zementfabriken Arbeitskräfte auf dem lokalen Markt nicht finden konnten. Die Fabrikanten, so ein Redner auf einer Gewerkschaftsversammlung in Hannover, beschäftigten polnische Arbeiterinnen und Arbeiter »sehr gerne, weil sie ganz gut wissen, daß der Pole als Arbeiter immer zufrieden und fleißig ist.«⁴¹ Was hier als »Zufriedenheit« bezeichnet wird, kann auch mit Unerfahrenheit in betrieblichen Auseinandersetzungen übersetzt werden. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisation war in der Provinz Posen im Vergleich zu Hannover um ein Vielfaches ge-

35 Beschwerde des W. an das Generalvikariat, 12. 3. 1909, ebd.

36 Beispielhaft analysiert bei *Bernhard Parisius*, Mythos und Erfahrung der Nachbarschaft. Auf der Suche nach Nachbarschaften, die nicht zertrümmert wurden, in: *Lutz Niethammer* (Hrsg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1986, S. 313 ff.

37 Auch in Hannover waren Hakatisten aktiv. 1896 kam es zur Gründung einer Ortgruppe des Ostmarkenvereins: Oberpräsident und Regierungspräsident setzten die von der Regierung in Berlin geforderte scharfe Überwachung polnischer Aktivitäten häufig gegen den hinhaltenden Widerstand der lokalen Behörden durch. *Schmiechen-Ackermann*, Integration.

38 Bericht des Ortsgendarms an den Landrat des Kreises Hannover, 13. 1. 1907, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

39 Bericht der Gendarmerie an den Landrat des Kreises Hannover, 17. 12. 1897, NHStA Hann. 174 Hannover I 128.

40 Vgl. eine vom Sekretariat Hannover-Linden der Freien Gewerkschaften im Jahre 1907 durchgeführte Erhebung über die Lage der Arbeiter, NHStA Hann. 180 Hannover II 1389.

41 Rede des Versammlungsleiters Slowik bei einer ZZP-Versammlung im Wülfeler Biergarten zu Hannover, 8. 4. 1906, nach dem polizeilichen Überwachungsbericht, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

ringer.⁴² Die meisten der nach Misburg Zuwandernden vollzogen den Schritt vom Landarbeiter oder in Not geratenen Kleinbauern in die industrielle Arbeiterexistenz, verfügten also noch über keinerlei Fabrikerfahrungen. Für den Anpassungsprozeß an die industrielle Produktionsweise und die ersten Schritte einer Interessenvertretung werden die deutschen Kollegen, die zum Teil bereits über gewerkschaftliche Erfahrungen verfügten, eine wichtige Rolle gespielt haben. Dies erkannten auch die kirchlich eingestellten Wortführer des polnisch-katholischen Protestkomitees gegen die Germanisierungsbestrebungen der Kirche. Sie verwiesen darauf, daß die Polen fortwährend mit sozialdemokratischen Arbeitern in Berührung kämen, die große Anstrengungen unternehmen würden, um die Polen für sich zu gewinnen. So seien viele Polen zur Sozialdemokratie herübergezogen worden und gingen damit der Kirche verloren.⁴³

In den Jahren 1898 und 1899 hatte es in Misburg Arbeitseinstellungen der Maurer in der Norddeutschen Zementfabrik, 1900 einen größeren Streik der Maurer und Steinträger gegeben.⁴⁴ Auch unter den Zementarbeitern selbst war es schon zu spontanen Aktionen mit dem Ziel einer Lohnerhöhung gekommen, die aber erfolglos blieben.⁴⁵ Wie wenig die Arbeiter ihre Forderungen und Aktionen koordinierten, wurde bei einem Vorfall im Jahr 1898 deutlich. Um einen höheren Akkordlohn zu erzwingen, initiierten sechs Arbeiter im Mergelbruch der Zementfabrik Kronsberg eine Arbeitsniederlegung. Der Wortführer der Gruppe äußerte unentschlossenen Kollegen gegenüber, wer nicht mitmache, dem werde der Schädel eingeschlagen. Der Buchhalter der Fabrik lehnte die erhobenen Lohnforderungen rundweg ab, zahlte den Wortführern ihren restlichen Lohn aus und erteilte ihnen ein Aufenthaltsverbot für das Fabrikgelände. Als sie einige Stunden später dennoch zum Mergelbruch zurückkehrten, um zurückgelassene Sachen zu holen und ihrer Wut durch Demolierung eines Aufenthaltsraumes Luft zu machen, wurden sie durch das Einschreiten des Vorarbeiters wieder vertrieben. Der Wortführer der Gruppe flüchtete unter Zurücklassung seiner Habe zwei Tage später aus Misburg.⁴⁶

Die Gewerkschaften hatten in den Misburger Zementfabriken bis 1906 keinen Fuß fassen können. Dabei wirkten nicht nur der fehlende Erfahrungshintergrund der aus agrarischen Gebieten stammenden Zuwanderer und ihre traditionell starken religiösen Bindungen als Hemmnis, die Polen machten auch am Arbeitsplatz schlechte Erfahrungen, die der Diskriminierung durch staatliche Behörden oder die katholische Kirche in nichts nachstanden. Hier setzte die Agitation für einen eigenständigen polnischen Berufsverband an: »Wie sieht es aber mit einem hierher kommenden polnischen Arbeiter oder [einer] Arbeiterin aus? Auf jedem Schritt und Tritt stößt er auf Feinde, überall ist er einer Germanisierung ausgesetzt, wenn auch hier und da ein falscher Freund sich anschmeichelt; hinter dem Rücken spricht er doch: ›der dumme Polacke‹.«⁴⁷ Der Bochumer Zeitungsredakteur Anton Breiski forderte die Misburger Polen auf, Konsequenzen aus der auch in der Arbeiterbewegung täglich erlebten Zurücksetzung zu ziehen: »Wenn man sieht, wie wir Polen von den Deutschen behandelt werden, so entspinnt sich der Gedanke: kann man als Pole mit irgend einer deutschen Partei zusammengehen? Ich sage ›Nein‹, weil jede deutsche Partei ihre be-

42 Vgl. *Wilhelm Heinz Schröder*, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 1978, S. 35.

43 Eingabe des polnischen Protestkomitees an das Bischöfliche Generalvikariat, 4. 3. 1909, BistA, Gemeindeakten Misburg.

44 NHStA Hann. 174 Hannover I 123.

45 Bericht des Oberwachtmeisters der 10. Gendarmerie-Brigade an den Landrat, 19. 3. 1890, NHStA Hann. 174 Hannover I 123.

46 Anzeige des Ortsgendarms an den Landrat, 13. 2. 1898, NHStA Hann. 74 Hannover I 123.

47 Rede Slowiks am 8. 4. 1906, nach dem polizeilichen Überwachungsbericht, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

sonderen Vorteile im Auge behält. Die ersten polnischen Arbeiter hatten sich zum Teil der sozialdemokratischen Partei angeschlossen, aber als sie sahen, wie sie von dieser Partei betrogen und ausgebeutet wurden, erkannten sie deren Ziele. Solange sie Beiträge zahlten, waren sie den Sozialdemokraten angenehm, verlangten sie aber etwas zur Verbesserung ihrer Lage, so hieß es bei dieser Partei: »Schmeißt den Polacken raus, was will er?«⁴⁸

UNTERSCHIEDLICHE ORIENTIERUNGEN DER MIGRANTEN

Durch nachbarschaftliche Kontakte und Arbeitskollegen wurden die Zuwanderer mit den ihnen vorher unbekannten Ideen der sozialistischen Arbeiterbewegung konfrontiert.⁴⁹ In der schon erwähnten kirchlichen Protestversammlung der polnischen Katholiken wurde 1909 behauptet, daß »fast die Hälfte der hiesigen Polen auf Seiten der Sozialdemokratie« stehe und die meisten Polen sozialdemokratischen Arbeiterverbänden angehörten.⁵⁰ Diese Angabe ist nachweislich übertrieben, möglicherweise um den erhobenen Forderungen gegenüber der Kirchenbehörde Nachdruck zu verleihen.

In den polizeilichen Überwachungsberichten von 1898 wird darauf hingewiesen, daß »diejenigen Polen, welche der Sozialdemokratie noch nicht anheim gefallen« seien, aufgrund des Einwirkens ihres Pfarrers den welfischen Kandidaten gewählt hätten.⁵¹ Für die Reichstagswahl 1903 wird dagegen berichtet, daß die Misburger Polen fast ausschließlich für den Kandidaten der Zentrumspartei, den hannoverschen Pfarrer Dr. Maxen, gestimmt hätten. Der Kandidat der polnischen Liste erhielt ganze 16 Stimmen bei einer Zahl von mehreren hundert polnischstämmigen Wahlberechtigten.⁵² Die diesem Wahlverhalten zugrunde liegenden Hoffnungen wurden allerdings sehr bald enttäuscht. In einer Wahlversammlung für den polnischen Reichstagskandidaten hieß es 1907: »Wenn wir uns auch bisher der Centrumspartei angeschlossen hatten, so hat diese Partei [...] ihr Versprechen nicht gehalten. Diese Partei ist weder für unsere Religion, noch für unsere Rechte eingetreten, und hat unsere Interessen als zur zweiten Klasse gehörig gezählt.«⁵³ Gleichzeitig berichteten mehrere Arbeiter über enttäuschende Erfahrungen mit ihren sozialdemokratischen Kollegen. Diese seien nur darauf aus, die Polen »auszubeuten« und sie nachher »Polacken« zu schimpfen. Ein Redner zog das Fazit: »Die Sozialdemokratie ist der Polen größter Feind. Kein Pole darf sich daher mit dieser roten Gesellschaft einlassen.«⁵⁴ Bei den Versammlungen des polnisch-katholischen St. Adalbert-Vereins, der aufgrund seiner Mitgliederzahl von etwa 100 bis 150 Männern, zu der bei geselligen Veranstaltungen die Familienangehörigen hinzukamen, als größte polnische Milieuorganisation anzusehen ist, wurden die Mitglieder regelmäßig aufgefordert, der Sozialdemokratie fernzubleiben und »Sitte

48 Rede Breiskis bei einer polnischen Versammlung in der Gastwirtschaft Rogalla in Misburg, 9. 9. 1906, nach dem polizeilichen Überwachungsbericht, ebd.

49 Neben den »Freien Turnern«, einem Arbeitergesangverein, einem Radfahrklub und dem sozialdemokratischen Wahlverein sind freigewerkschaftliche Ortsgruppen für die Metallarbeiter, Maurer, Heizer und Maschinisten seit Mai 1908 belegt (Bericht des Ortsgendarms an den Landrat, 23. 5. 1908, NHStA Hann. 74 Hannover I 139). Da die Maurer in Misburg bereits mehrfach organisiert gestreikt hatten und die im Ort ansässige »Hannoversche Eisengießerei und Maschinenfabrik« als ausgesprochen »roter Betrieb« galt, sind weiter zurückreichende gewerkschaftliche Traditionen zumindest sehr wahrscheinlich.

50 Eingabe des Protestkomitees vom 4. 3. 1909, ebd.

51 Bericht des Oberwachtmeisters der Gendarmerie an den Landrat, 11. 7. 1898, NHStA Hann. 74 Hannover I 128.

52 Bericht des Oberwachtmeisters der Gendarmerie an den Landrat, 19. 6. 1903, ebd.

53 Polizeibericht über die Polenversammlung am 21. 1. 1907 im Gasthaus Könnecker in Misburg, NHStA Hann. 74 Hannover I 135.

54 Eba.

und Ordnung« zu bewahren. Man bemühte sich darum, der einheimischen Bevölkerung »keinen Anlaß zu geben, Schlechtes von den Polen zu denken«. Die Sitzungen wurden mit einem Hoch auf den Kaiser und den Papst geschlossen.⁵⁵

Nach der Jahrhundertwende bildeten sich drei Strömungen unter den Zuwanderern. Einige forcierten durch bewußte Teilnahme am Leben der auf Eindeutschung orientierten Kirchengemeinde aus eigenem Antrieb die Assimilation in das katholische Arbeitermilieu. Zahlreiche Mischehen zwischen polnisch- und deutschstämmigen Katholiken, die Bevorzugung der deutschen Sprache, das Ablegen polnischer Namen, Anträge »ausländischer« Polen auf Verleihung der preußischen Staatsbürgerschaft sind Ausdruck dieses Lebensentwurfes, bei dem die christliche Orientierung im Vordergrund stand. Eine zweite Gruppe sympathisierte mit der deutschen Sozialdemokratie, relativierte bewußt die polnisch-katholischen Traditionen und suchte Anschluß an das proletarische Arbeitermilieu. Die Lockerung der religiösen Bindungen durch den Kirchenkonflikt und die Erkenntnis einer gleichen Interessenlage mit den deutschen Kollegen im Betrieb sind als Katalysatoren dieser Entwicklung anzusehen. Demgegenüber formierte sich durch neue Vereinsgründungen und die Betonung der eigenen kulturellen Identität nun aber auch ein bewußt polnisches Sozialmilieu. Die größte Intensität erreichte es in den familiären, religiösen und geselligen Verkehrsformen und an der Arbeitsstelle. Die polnisch-katholischen geselligen Vereine oder die von einem Polen geführte Gastwirtschaft als Kommunikationsraum spielten eine wesentlich größere Rolle als die parteipolitischen Aktivitäten des Polenbundes. Trotz intensiver Wahlagitation votierte nur eine Minderheit der Misburger Polen für den nationalpolnischen Reichstagskandidaten, und die auf kulturellem Gebiet die nationalpolnische Idee vertretende Sokol-Bewegung kam mit 30 bis 50 aktiven Mitgliedern über ein bescheidenes Schattendasein nicht hinaus.⁵⁶ Der Stellenwert des polnischen Berufsverbandes ist insofern bemerkenswert, als er, weit über die nur bescheidenen Ansätze einer nationalpolnischen Bewegung in Misburg hinausgreifend, für einen großen Teil der polnischen Kolonie einen vermittelbaren Milieuzusammenhang herstellte.⁵⁷

DER BEGINN DER GEWERKSCHAFTLICHEN ORGANISATION UNTER DEN ZEMENTARBEITERN

Die Gründung eines eigenständigen polnischen Berufsverbandes, der sich bewußt von der sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsbewegung absetzte, geht auf das Jahr 1902 zurück. Sie erfolgte aus dem Umkreis der unter den polnischen Migranten relativ weit verbreiteten Bochumer Zeitung »Wiarus Polski«⁵⁸ und wurde von dieser publizistisch unter-

55 Berichte des Oberwachtmeisters der Gendarmerie an den Landrat, 31. 1. 1900 und 12. 11. 1903, ebd.

56 NHStA Hann. 174 Hannover I 140/1 sowie NHStA Hann. 180 Hannover II 735.

57 Die akribische Rekonstruktion des Beginns der gewerkschaftlichen Organisation unter den Zementarbeitern und ein authentischer Einblick in die Stimmungslage der polnischen Kolonie sind aufgrund der umfangreichen Überwachungsberichte möglich, die im Bestand des Landratsamtes Hannover (Hann. 174 Hannover I) im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv überliefert sind. Auf Anweisung der Oberbehörden lieferten der Ortsgendarm, gelegentlich auch wegen ihrer Sprachkundigkeit hinzugezogene Polizisten aus Hannover und der für den Misburger Bezirk zuständige Oberwachtmeister bis zum Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen (1908) detaillierte Berichte über alle Versammlungen, in denen polnisch gesprochen wurde. In den Protokollen wurden die Reden zum Teil wörtlich wiedergegeben, manchmal auch nach Inhalt und Tenor zusammengefaßt. Der Landrat systematisierte das Material und unterrichtete den Regierungspräsidenten laufend über die »polnische Bewegung«.

58 Zu übersetzen etwa als: »Der Polnische Rechtgläubige«. Zur Rolle des »Wiarus« als »Kern und Organisationszentrum der nationalpolnischen Bestrebungen im Ruhrgebiet« vgl. Herbert, Geschichte, S. 77. Ausführlicher dazu ist Christoph Kleßmann, Der »Wiarus Polski« Zentralorgan

stützt. Eine führende Rolle spielten die Gebrüder Jan und Anton Breiski, Besitzer mehrerer in Bochum und Leipzig erscheinender polnischer Zeitungen. Da sich der polnische Berufsverband »*Zjednoczenie Zawodowe Polskie*« (ZZP) an der christlichen Gewerkschaft orientierte⁵⁹, wurde er von Seiten der Freien Gewerkschaften polemisch als »von Pfaffen und Kaufleuten«⁶⁰ gegründeter Verband denunziert. Er diene der Spaltung von Arbeiterinteressen und verfüge über eine zu schmale finanzielle Basis, um eine wirkungsvolle Interessenvertretung und das erfolgreiche Bestehen von Arbeitskämpfen zu garantieren. Dennoch haben sich die polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet, besonders nach dem großen Streik des Jahres 1905, massenhaft »ihrer« nationalen Gewerkschaft angeschlossen. In den ersten fünf Jahren traten fast 50 000 Polen dem ZZP bei, wobei über 80 % der Mitglieder auf das Ruhrgebiet entfielen. Nach dem sozialdemokratisch orientierten Alten Verband und der christlichen Gewerkschaft wuchs der ZZP zur dritten gewerkschaftlichen Kraft an der Ruhr heran und organisierte die polnischen Bergleute sogar mehrheitlich.⁶² Ein zweiter Schwerpunkt des ZZP entwickelte sich in Westpreußen.⁶³

Die erste Gewerkschaftsversammlung in Misburg, mit der speziell die Arbeiter der Zementfabriken angesprochen wurden, fand am 22. April 1906 im Gasthaus Rogalla statt. Der Wirt war im Kirchenkonflikt als einer der Wortführer der Polen aufgetreten, indem er unter anderem der bischöflichen Behörde angeboten hatte, ein bestimmtes Spendenaufkommen in der Gemeinde zu garantieren, falls ein polnischer Geistlicher angestellt werde. Als während des Kirchenbaues ein Saal benötigt wurde, in dem vorübergehend der Gottesdienst abgehalten werden konnte, bot Rogalla seinen Wirtshaussaal an. Aufgrund einer Intervention des Misburger Pfarrers entschied sich das Generalvikariat aber, den Gottesdienst im Saal einer deutschen Gastwirtschaft abhalten zu lassen, die sich in der Nähe der zukünftigen Kirche befand. Zweifellos war Rogalla zu einer Schlüsselfigur in der polnischen Kolonie geworden. Während die bischöfliche Behörde ihm eigennützige Motive unterstellte und der in Misburg eingesetzte Pfarrer den Konflikt auf die Spitze trieb, indem er den Wirt in einer Zeitung der christlichen Gewerkschaft beschuldigte, bei ihm müßten die polnischen Logiergäste dichtgedrängt und in Schmutz und Ungeziefer leben⁶⁴, entwickelte sich das einzige polnische Gasthaus zu einem Kristallisationspunkt polnischer Selbstbehauptung in Misburg. Nach dem Bericht des mit der Überwachung betrauten Ortsgendarms fanden sich im April 1906 immerhin rund 100 Teilnehmer zu einer ersten Gewerkschaftsversammlung ein. Angesichts der Tatsache, daß das Vereinsleben fast ausschließlich den Männern überlassen blieb und die polnische Kolonie unter Einschluß der Frauen und zahlreichen Kinder zu diesem Zeitpunkt nur etwa 2 000 Personen umfaßt haben

und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet 1891–1923, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 69, 1974, S. 383–397.

59 Laut Statut wurde »jede Agitation in sozialdemokratischem Geiste« ausdrücklich ausgeschlossen. Vgl. Christoph Kleßmann, Klassensolidarität und nationales Bewußtsein. Das Verhältnis zwischen der polnischen Berufsvereinigung (ZZP) und den deutschen Bergarbeiter-Gewerkschaften im Ruhrgebiet, in: IWK 1974/II, S. 149–178, hier S. 152.

60 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 20, 1910, S. 348.

61 Die Mitgliederentwicklung wird bei Herbert Fulde, Die polnische Arbeitergewerkschaftsbewegung, Weinfelden 1931, S. 91 und S. 109, detailliert belegt.

62 Zur Mitgliederentwicklung des ZZP und der deutschen Verbände im Ruhrgebiet vgl. Kleßmann, Klassensolidarität, S. 154.

63 Zur Organisationsentwicklung des ZZP vgl. Fulde, Arbeitergewerkschaftsbewegung, auf den sich alle weiteren Darstellungen beziehen, sowie Kleßmann, Bergarbeiter, S. 110–125 und Murzynowska, S. 171–196 und S. 238–297.

64 Beschwerde Rogallas über Pfarrer Kopp beim Bischof in Hildesheim, BistA, Gemeindeakten Misburg.

dürfte, war diese erste Versammlung also durchaus gut besucht. Als Agitationsredner trat der Bochumer Bergmann Korpus⁶⁵ auf, der die Anwesenden aufforderte, ebenso wie die deutschen Arbeiter durch gewerkschaftliche Organisierung höhere Löhne zu erkämpfen.⁶⁶ Rund 30 Arbeiter traten dem polnischen Berufsverband bei, als Vorsitzender der Misburger Ortsgruppe wurde der Kaufmann Maziejewsky gewählt. Man kann dies als Indiz werten, daß für die polnischen Arbeiter die Milieugebundenheit einen größeren Stellenwert hatte als ein noch kaum ausgebildetes Klassenbewußtsein als Arbeiter.

Offenbar aufgeschreckt durch den nationalpolnischen Organisationsversuch, ergriff drei Wochen später auch der christliche »Zentralverband der Hilfs- und Transportarbeiter, -Arbeiterinnen und verschiedener Berufe Deutschlands« die Initiative und berief seinerseits eine Gewerkschaftsversammlung in das bekannte Misburger Lokal »Meyer's Garten« ein. Mit einem in polnischer Sprache abgefaßten Flugblatt wurden die Zementarbeiter unmittelbar angesprochen. Man offerierte sich als polnische Milieuorganisation. Die in der christlichen Gewerkschaft zusammengeschlossenen Arbeiter kämpften nicht nur gegen schlechte Löhne, lange Arbeitszeiten und unwürdige Behandlung, sondern führten auch einen »Verteidigungskampf (. . .) gegen Brutalität und Sklaverei der religionsfeindlichen sozialdemokratischen Gewerkschaften«. Diese irrten sich, »wenn sie glauben, wir polnische Arbeiter ließen uns unsere religiöse Überzeugung in den Kot treten. Nein, in den christlich interkonfessionellen, politisch parteilosen Gewerkschaften wollen wir erfolgreich für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen tätig sein.«⁶⁷

Da in der von 150 Teilnehmern besuchten Veranstaltung zumindest teilweise polnisch gesprochen wurde, liegt auch hier ein ausführlicher Überwachungsbericht vor. Der Hauptredner, Zeitungsredakteur Kowalczyk aus Posen, stellte die schlechte soziale Lage und die damit verbundene Auflösung des christlichen Familienlebens in den Mittelpunkt seines Vortrages. Gerade hätten die Arbeitgeber in Hannover Tausende »aufs Pflaster geworfen«. »Kann denn da die Ehefrau ihre Rechte als Hausfrau, da sie als solche geboren ist, ausüben? Nein! Sie muß sich selbst anspannen, um dem Manne zur Ernährung der Seinen zu helfen. Kinder von 6 und 7 Jahren werden angespannt, sei es zum Zeitung-Austragen oder zu anderer Arbeit; auch hier in Misburg in den Zementfabriken haben wir Fälle ähnlicher Art, wo die Familie zu ihrer Ernährung mit Hand anlegen muß.«⁶⁸ Aus dem hier entwickelten christlich-konservativen, noch am ländlichen Traditionshintergrund der Zuwanderer ansetzenden Gesellschaftsbild wurde eine scharfe Kritik an den Freien Gewerkschaften abgeleitet: »Der sozialdemokratische Verband schürt nur Unfrieden zwischen den Arbeitern, tritt in politischer Hinsicht stark gegen die Regierung hervor, erkennt nicht an, daß es einen Gott im Himmel gibt, steht auf dem Standpunkt, daß der Mensch vom Affen abstammt.« Auf einer ganz anderen Ebene wurde der ZZZP angegriffen: »Landsleute, ich weiß gar nicht, daß ihr als Arbeiter Leuten glaubt, die gar keine Arbeiter sind und sich nur mit Arbeiterfedern schmücken [. . .]. Diese Berufsvereinigung ist bei uns im Posenschen [. . .] bereits be-

65 Jan Korpus, Schriftführer der ZZZP-Organisation in Bochum.

66 Überwachungsbericht des Ortsgendarms über die ZZZP-Versammlung am 22. 4. 1906 im Gasthaus Rogalla, NHStA Hann. 74 Hannover I 135. Zu dieser Zeit war es in Misburg bereits zu betrieblichen Auseinandersetzungen gekommen, denn es wurden auch Streikposten benannt. Dieser Vorgang bezieht sich vermutlich auf einen Streik bei der Hannoverschen Eisengießerei und Maschinenfabrik (Bericht des Burgdorfer Landrates an den Regierungspräsidenten, 30. 6. 1906, NHStA Hann. 80 Lüneburg II 430).

67 Übersetzung des Flugblattes in den polizeilichen Unterlagen zur Gewerkschaftsversammlung am 13. 5. 1906, NHStA Hann. 74 Hannover I 135.

68 Überwachungsbericht zur »Polenversammlung« des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes am 13. 5. 1906 in der Gastwirtschaft Meyer's Garten in Misburg, ebd.

kannt. Ich erkläre frei und offen, die Bochumer polnische Berufsvereinigung hat die Arbeiter in der Heimat verraten und verkauft.«⁶⁹

Während die Veranstalter die anwesenden Arbeiter aufforderten, dem christlichen Verband beizutreten, vertrat ein bereits für den ZZP aktiver Misburger Arbeiter die Meinung, daß für die Polen der christliche polnische Berufsverband vorzuziehen sei. Daraufhin sah sich der hannoversche Gewerkschaftssekretär Frankenberg⁷⁰ genötigt, dem in deutscher Sprache entgegenzutreten.⁷¹ Sein Argument, alle Arbeiter, ob Polen oder Nichtpolen, seien gleich und müßten ihre Interessen gemeinschaftlich vertreten, dürfte aufgrund der ins Auge springenden Milieufremdheit seines Auftretens kaum Wirkung erzielt haben. Jedenfalls ist auffällig, daß die christliche Gewerkschaft bei der Organisation der Misburger Zementarbeiter keine wesentliche Rolle spielen konnte, obwohl sie bereits frühzeitig in der neu entstehenden Siedlung »Jerusalem« Fuß gefaßt hatte. Im Juni 1904 hatte das »katholische Volksbureau« erreicht, daß der Gastwirt Schrader, bei dem zu dieser Zeit noch der katholische Gottesdienst gehalten wurde, dem Arbeitersekretär der Freien Gewerkschaften die Nutzung seines Lokales aufkündigte und statt dessen die Abhaltung einer Sprechstunde durch den christlichen Verband genehmigte.⁷² Auch die von seiten des bürgerlichen Hannoverschen Provinzial-Kriegervereins erfahrene Unterstützung fruchtete wenig.⁷³ Nach einem Polizeibericht waren bei einer im Sommer 1906 in »Meyer's Garten« stattfindenden Mitgliederversammlung des christlichen Verbandes nur noch ganze zehn Personen anwesend.⁷⁴

Am völlig ablehnenden Verhalten der Zementarbeiter war bereits zuvor die Abhaltung einer Versammlung der Polnischen Sozialdemokratischen Partei gescheitert. Der Ortsgendarm wertete diesen Vorgang, sicherlich zurecht, als Indiz für die politisch sehr gemäßigte Haltung der polnischen Migranten.⁷⁵ Ein Artikel in der sozialdemokratischen Zeitung »Volkswille« illustriert sowohl die Schwierigkeiten des gewerkschaftlichen Organisationsprozesses, als auch die in der Sozialdemokratie gepflegten Vorurteile gegen die fremdländischen Zuwanderer. Anläßlich eines Konfliktes um die Beschäftigung von ruthenischen Saisonarbeitern⁷⁶, wurde geschildert,

»was in diesen Fabriken als Arbeitstier mit Menschenantlitz ausgebeutet wird. Heimatliche Laute dringen selten an unser Ohr. Die in Schmutz und Lumpen erstarrenden Arbeiter sind Fremde – Polen,

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Johannes Frankenberg: Führende Tätigkeit in der Fachsektion der ungelernten Arbeiter im katholischen Arbeiterverein Hannover, 1903–1908 Bezirksleiter des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes in Hannover; (Vom Fabrikarbeiterverband, S. 732).

⁷¹ Krystyna Murzynowska, Erwerbsauswanderer, Dortmund 1979, S. 112, weist darauf hin, daß die Unkenntnis der polnischen Sprache zunächst auch für die sozialdemokratischen Agitatoren im Ruhrgebiet ein wesentliches Hindernis bei ihrer Werbearbeit unter den Migranten darstellte. Später ging man deshalb im freigewerkschaftlichen Alten Verband dazu über, polnisch sprechende Gewerkschaftssekretäre einzusetzen.

⁷² Volkswille, 11. 6. 1904, in: NHStA Hann. 180 Hannover II 1384.

⁷³ Auf dem am 28. Mai 1905 in Hameln abgehaltenen 7. Abgeordnetentag hatte der Hannoversche Provinzial-Kriegerverein beschlossen, »an Orten, die für diese Gründungen geeignet erscheinen, Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften zu begründen, um auf diese Weise den Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich von den sozialdemokratischen Gewerkschaften frei zu machen.«; Der Regierungspräsident an den hannoverschen Landrat Graf von Wedel, 2. 10. 1905, NHStA Hann. 174 Hannover I 136.

⁷⁴ Polizeibericht vom 25. 8. 1906, NHStA Hann. 74 Hannover 1739.

⁷⁵ Bericht des Oberwachtmeister der Gendarmerie an den Landrat, 7. 9. 1904, NHStA Hann. 174 Hannover I 128.

⁷⁶ Die »Ruthenen« sind eine griechisch-orthodoxe Bevölkerungsgruppe aus dem österreichischen Teil Polens (Galizien).

Galizier, Ruthenen, Russen usw. Der Anblick dieser ausländischen Arbeitssklaven macht erschauern, und man fragt sich, ob denn dieses furchtbare Los, das ihnen hier in Misburg sich bietet, in der Heimat dieser Leute noch übertroffen werden kann, daß sie es vorziehen, hier zu bleiben. Auf den Gesichtern dieser Arbeiter kann man lesen, daß an ihnen die Kulturbewegung der kapitalistischen Zeit spurlos vorübergegangen ist. Ob sie in den galizischen Gefilden des agrarischen Raubrittertums verkommen oder in den Zementfabriken Misburgs von dem industriellen Kapitalismus malträtiert werden, das scheint diesen Arbeitern ziemlich egal zu sein. Sie haben ja einen guten Freund, der ihnen beisteht, das ist der Schnaps. [...] Mit der Gewerkschaftsorganisation in diese polnische Kolonie einzudringen, hat sich bisher als unmöglich erwiesen. Von Staats wegen droht dann den Ausländern die Ausweisung, und statt Bestrebungen, die Leute der Organisation zuzuführen, zu unterstützen, hilft sich der Landrat mit einer Polizeiverordnung, wonach der Verkauf von Schnaps vor 8 Uhr morgens verboten ist! Eine solche Polizeiverordnung spricht Bände über den kulturellen Tiefstand jener Bevölkerung.«⁷⁷

Die Sprache dieses Berichtes enthüllt nicht nur ein in der Arbeiterbewegung vorhandenes Potential latenter Diskriminierungsbereitschaft, sondern auch die mangelnde Sachkenntnis des Verfassers, dem die sozialen Differenzierungen innerhalb der Migrantengruppe nicht bewußt waren. Der in Misburg seßhaft gewordene und aufgrund seiner preußischen Staatsangehörigkeit rechtlich seinen deutschen Kollegen durchaus gleichgestellte Familienvater wird hier mit dem tatsächlich weitgehend rechtlosen⁷⁸, hochmobilen, ledigen Saisonarbeiter fremder Staatsangehörigkeit letztlich in einen Topf geworfen. Es war aber vor allem die polnische Stammebelegschaft, die sich gegen die Beschäftigung ruthenischer Kontraktarbeiter wehrte, diese sogar mit Steinwürfen einschüchterte und durch Anstachelung zur unorganisierten Arbeitsniederlegung aus der Fabrik zu drängen suchte. Die Auseinandersetzung um diese neue Generation von Arbeitsimmigranten scheint unter den Zementarbeitern eine intensivere Diskussion über die eigene soziale Lage ausgelöst zu haben und wirkte in Misburg als Katalysator des gewerkschaftlichen Organisationsprozesses. Allerdings verweigerte sich die seßhaft gewordene polnische Stammebelegschaft einer Hegemonialisierung durch selbstgerechte deutsche Arbeiterfunktionäre. Die unrealistische Lagebeurteilung des sozialdemokratischen Redakteurs ist nicht untypisch für das Verhältnis der sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber den ausländischen Arbeitern im deutschen Kaiserreich. Herberts Feststellung, daß für die Gewerkschaften und die SPD die massenhafte Beschäftigung von Ausländern eine politische Herausforderung darstellte, »mit der sie sich schwer taten und die zu Konflikten zwischen theoretischen Postulaten und praktischen Erfahrungen führte«⁷⁹, ist zu unterstreichen.

KONKURRENZ UND KOOPERATION – DAS ZUSAMMENWIRKEN VON FREIER, CHRISTLICHER UND POLNISCHER GEWERKSCHAFT

Nach dem erfolgversprechenden Auftakt im April 1906 und dem Scheitern der eher punktuellen Aktivitäten der Freien und christlichen Konkurrenz setzte der polnische Berufsverband seine Bemühungen um die gewerkschaftliche Organisation der Zementarbeiter sowie der vornehmlich in der Textil- und Nahrungsmittelindustrie beschäftigten polnischen

⁷⁷ Volkswille, 29. 11. 1906, NHStA Hann. 122a, Nr. 2892.

⁷⁸ Ausländer, die widerrechtlich dauerhaft in Preußen lebten, wurden sofort ausgewiesen, wenn sie im Rahmen der polizeilichen Überwachungstätigkeit auffällig wurden. Das 1908 schließlich erlassene Reichsvereinsgesetz fixierte die eingeschränkten Möglichkeiten der ausländischen Arbeiter im Hinblick auf eine gewerkschaftliche Betätigung. vgl. *Martin Forberg*, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik. Das Beispiel der Freien Gewerkschaften zwischen 1890 und 1918, in: *AfS* 27, 1987, S. 51–81, hier S. 53.

⁷⁹ *Herbert*, Ausländerbeschäftigung, S. 68.

Arbeiterinnen und Arbeiter in den hannoverschen Vororten Döhren und Wülfel kontinuierlich fort. Misburg wurde zum Zentrum der ZZP-Aktivitäten in der Region Hannover, weil hier eine zahlenmäßig starke polnische Kolonie auf engem Raum zusammenwohnte, die zudem durch die Arbeitsbedingungen in der lokal dominierenden Zementindustrie einen sehr homogenen gesellschaftlichen Bezugsrahmen hatte. Die hohe Milieukonsistenz fokussierte sich in der Gastwirtschaft Rogalla, die gleichzeitig Tagungsort polnischer Vereine, Kristallisationspunkt des polnisch-katholischen Protestkomitees und zu diesem Zeitpunkt überhaupt der einzige spezifisch polnisch geprägte öffentliche Kommunikationsraum in Misburg war. Ein Polizeibericht verdeutlicht die Verschmelzung unterschiedlicher Aktivitäten zu einer vom Milieuzusammenhalt geprägten Öffentlichkeit: Rogalla »agitierte« gegen den geplanten Schulbau abseits des alten Dorfkerns, weil der Schulweg für die meisten Kinder sehr weit war, und warb in der gleichen Versammlung für den polnischen Berufsverband.⁸⁰

Der nachhaltige Erfolg des polnischen Berufsverbandes liegt mit Sicherheit auch darin begründet, daß man mit dem Gastwirt Rogalla einen Protagonisten der polnischen Kolonie für sich gewinnen und mit seinem polnischen Wirtshaus gleichzeitig einen zentralen Ort der Kommunikation besetzen konnte. Das strategische Eindringen in das sich zu diesem Zeitpunkt erst profilierende polnische Sozialmilieu wurde aber ergänzt durch ein einfühlsames Auftreten der Gewerkschaftsfunktionäre. Ausgehend von der traditionellen Wertorientierung, daß ein fleißiger Arbeiter seine Familie allein ernähren können müsse, wurden Löhne und Arbeitsbedingungen in der Zementindustrie kritisiert. In einem durchaus antikapitalistischen, klassenkämpferischen Ton forderte der ZZP-Funktionär Korpus die polnischen Arbeiter auf, die Verbesserung ihrer sozialen Lage in die Hand zu nehmen. Dies könne aber nur erreicht werden, wenn man geschlossen und organisiert gegen die Fabrikanten vorgehe. Es sei eine Verleumdung, wenn der christliche Verband behaupte, der ZZP sei finanziell nicht in der Lage, einen Streik durchzuführen. Gerade habe man bei einem zweiwöchigen Streik in Delmenhorst und Oldenburg Lohnerhöhungen zwischen 25 und 50 % durchgesetzt.⁸¹

In den Agitationsreden der polnischen Gewerkschaftsfunktionäre tauchten in unterschiedlicher Betonung vier konstitutive Elemente auf: das Anknüpfen an traditionelle Werte und die selbstbewußte Betonung der eigenen kulturellen Identität, der Hinweis auf die schlechten Erfahrungen mit allen deutschen Institutionen, die sehr konkrete Bezugnahme auf die am Ort herrschenden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Entwicklung einer spezifischen gewerkschaftlichen Perspektive für die Migranten. Das Fazit lautete mithin: Die polnischen Arbeiter müßten sich organisieren, um ihre Lage zu verbessern. Sie müßten dies im polnischen Berufsverband tun, um ihre kulturelle Identität zu bewahren und nicht bevormundet zu werden. Sie müßten gemeinsam mit den deutschen Arbeitern, aber als eigenständige gewerkschaftliche Organisation ihre Forderungen gegenüber den Fabrikanten vertreten.⁸² Offensichtlich wurde dieses Identifikationsangebot von den Misburger Zementarbeitern angenommen. Nach nur drei aktenkundigen Versammlungen, die sich eines stetig wachsenden Zuspruchs erfreuten, stellte der Ortsgendarm fest, daß »die meisten hiesigen Polen« sich dem ZZP angeschlossen hätten.⁸³ Die im Juni und im September abgehaltenen Gewerkschaftsversammlungen wurden von 150 bis 170 Arbeitern besucht. Somit war der polnische Berufsverband die einzige Gewerkschaft, die auf einer zwar gerade erst gewachsenen, aber bereits recht breiten örtlichen Basis aufbauen

80 Polizeibericht über die öffentliche Polenversammlung am 17. 6. 1906 im Gasthaus Rogalla, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

81 Polizeibericht über die ZZP-Versammlung am 10. 6. 1906 im Gasthaus Rogalla, ebd.

82 Analyse der zahlreichen polizeilichen Überwachungsberichte, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

83 Polizeibericht über die Versammlung am 17. 6. 1906, ebd.

konnte, als es im Spätherbst 1906 wegen der ruthenischen Kontraktarbeiter zu Konflikten kam. Zwei Wochen nach dem Eklat sprach der erste Vorsitzende des Bochumer Verbandes, Sosinski⁸⁴, in der bislang größten Gewerkschaftsversammlung in Misburg vor nunmehr bereits 300 Arbeitern. Der Regierungspräsident sah sich daraufhin veranlaßt, den Landrat anzuweisen, von nun an strenger darauf zu achten, daß eine nationalpolnische Agitation in den Versammlungen der ZZP und anderer polnischer Vereine unterbleibe.⁸⁵

Wie stark der polnische Berufsverband tatsächlich im Milieu der Misburger Polen verankert war, wird durch einen Vergleich mit den Bemühungen des freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverbandes deutlich. Dieser ließ im April 1907 eine in polnischer Sprache geplante Versammlung in »Meyer's Garten« kurzerhand ausfallen, da laut Polizeibericht nur etwa 30 Männer erschienen waren.⁸⁶ Die Akzeptanz des polnischen Berufsverbandes war unter den Migranten dagegen ähnlich hoch wie die der polnisch-katholischen Opposition gegen die Germanisierungstendenzen von Pfarrer und Kirchenleitung. Die Resonanz auf die nationalpolnische Wahlagitation blieb dagegen bescheiden. Im Januar 1907 fanden zwei Wahlkampfveranstaltungen statt, die nur von 50 bzw. 75 Teilnehmern besucht waren. Als örtlicher Organisator fungierte ein Misburger Arbeiter, der im übrigen auch als Protagonist des ZZP auftrat. Der geringe Erfolg der Agitation wird dadurch unterstrichen, »daß zahlreiche, bereits länger in Misburg ansässige Polen bereits vor Schluß der Versammlung dieselbe verließen.«⁸⁷ Während ein großer Teil der polnischen Kolonie in Misburg sich sehr wohl in Milieuorganisationen engagierte, die auf die Wahrung der kulturellen Eigenständigkeit Wert legten, wurde eine politische Konfrontation mit den deutschen Behörden offensichtlich nicht gesucht.

Nachdem die eigene Position durch Einrichtung einer »Zahlstelle Misburg«⁸⁸ gefestigt worden war, ergriff der polnische Berufsverband konkrete Schritte zur Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Zur Vorbereitung der Kampagne sprach erneut der ZZP-Vorsitzende Sosinski in Misburg, und zwar vor insgesamt etwa 300 Arbeitern an zwei aufeinanderfolgenden Tagen. Man war dazu übergegangen, mit einer Abendveranstaltung und einer zweiten Versammlung am nächsten Morgen allen Schichtarbeitern der Zementindustrie die Gelegenheit zur Teilnahme zu geben. Auffallend ist, daß die gewerkschaftliche Agitation der ZZP sehr konkret an den Arbeitserfahrungen vor Ort ansetzte. So wurde über einen Unfall diskutiert, bei dem ein Arbeiter in einer Zementfabrik verunglückt und am »kalten Brande« gestorben war, weil der im Nachbarort Lehrte wohnende Arzt nicht er-

84 Wojciech (Adalbert) Sosinski. Geb. 1872 in Lubomierz, katholischer Konfession, Hüttenarbeiter, 1905–1913 erster Vorsitzender des ZZP, 1912–1918 Reichstagsabgeordneter der Polenliste für Kattowitz-Zabrze. Sosinski stand politisch dem Zentrum nahe, attackierte die Sozialdemokratie scharf und wollte die Aktivitäten der vergrößerten ZZP vor allem in Oberschlesien intensivieren. Dies brachte ihn organisationsintern in einen Gegensatz zum »bürgerlich« orientierten Breiskianismus und zur rheinisch-westfälischen Abteilung, die unter Führung von Franciszek Mankowski eine Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften anstrebte. Vgl. Kleßmann, *Klassensolidarität*, S. 168; Murzynowska, S. 173 und 245 ff.

85 Der Regierungspräsident an den hannoverschen Landrat, 19. 12. 1906, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

86 Polizeibericht zu der für den 14. 4. 1907 beantragten Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

87 Polizeibericht über die Polenversammlung am 13. 1. 1907, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

88 Vor 1908 unterhielt der ZPP fünf »Sekretariate«, u. a. in Berlin, Bremen und Dresden. Nach der 1908 erfolgten Fusion des ursprünglichen ZZP (Sitz Bochum) mit dem Polnischen Gewerkschaftsverband (Sitz Posen) und dem Verein Oberschlesischer Christlicher Arbeiter zur gegenseitigen Hilfe (Sitz Beuthen) wurden drei »Abteilungen« (mit Sitz in Bochum, Posen und Beuthen) gebildet, die sich auf unterer Ebene zunächst in »Filialen« und weiter in »Zahlstellen« gliederten. Vgl. Fulde, *Arbeitergewerkschaftsbewegung*, S. 92 ff. und 107 ff.

reichbar war. Sosinski stellte deshalb die Forderung auf, daß der Arzt künftig in Misburg wohnen und die ärztliche Versorgung überhaupt verbessert werden müsse. Um auf die Sorgen der Mitglieder eingehen zu können, forderte Sosinski die Anwesenden auf, alle Mißstände in den Zementfabriken auf Zettel zu schreiben und diese beim Gastwirt Rogalla abzugeben.⁸⁹ Der polnische Gewerkschaftsfunktionär sprach auch das Problem der geringen Organisationserfahrung der Polen gezielt an: »Um in den Fabriken bessere Verhältnisse zu schaffen, müssen sich die Polen vor allen Dingen erst organisieren. Wenn alle Polen ohne Ausnahme, seien es Galizier, Ruthenen oder hiesige Polen, organisiert sind, so kann der Vorstand des Verbandes an das Direktorium herantreten, und bei ihm die Forderungen stellen. Die Fabrikanten wissen ganz genau, daß die Polen nicht organisiert sind, deshalb wollen sie ihnen keine Zugeständnisse machen.«⁹⁰

Zwei Wochen später redete Sosinski erneut in zwei Versammlungen vor rund 300 polnischen Zementarbeitern in Misburg. Der ZZP-Vorsitzende griff die an ihn herangetragenen Sorgen und Nöte auf und verlieh ihnen Stimme. Er forderte die Abschaffung der schwarzen Listen, erhöhten Tagelohn, verbesserte Unterstützung bei Krankheit und Notfällen sowie gleiches Organisationsrecht für alle In- und Ausländer. Gleichzeitig warnte er vor übereilem Vorgehen. Er sei nicht nach Misburg gekommen, »um sogleich einen Streik zu bewerkstelligen«. Vielmehr wolle er die Absichten seines Verbandes unterbreiten und erst dann, wenn eine durchgreifende Organisation der Zementarbeiter erreicht sei, eine gemeinsame Versammlung für polnische und deutsche Arbeiter einberufen, »um eine Verständigung mit den deutschen Organisationen herbeizuführen zwecks Unterbreitung von Lohnforderungen an die Arbeitgeber und Abschaffung von anderweitigen für die Arbeiter bestehenden Übelständen.«⁹¹ Ein örtlicher Wortführer des polnischen Berufsverbandes kritisierte das Verhalten einiger Polen in Misburg. Es gebe »Spitzel« in den Versammlungen, andere Arbeiter seien bereit, für weniger als den kontraktlich vereinbarten Tagelohn zu arbeiten, und betätigten sich daher als Lohndrücker.⁹² Für den hier untersuchten Fall der gewerkschaftlichen Organisation der Misburger Zementarbeiter kann also keinesfalls festgestellt werden, daß der polnische Berufsverband die Arbeiterinteressen nur halbherzig vertreten und dadurch die Arbeiterbewegung geschwächt oder gespalten habe. Im Gegenteil: Die polnische Gewerkschaft wirkte unter der in dieser Hinsicht als Problemgruppe zu bezeichnenden ungelerten polnischen Arbeiterschicht geradezu als Motor der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Es war in erster Linie das Verdienst der Bochumer ZZP-Zentrale und ihrer rührigen Aktivisten in Misburg, daß im Sommer 1907 der Boden für eine erfolgversprechende gewerkschaftliche Offensive gegenüber den Zementfabrikanten bereitet war. Am 21. Juli fand im Gasthaus Rogalla die erste gemeinsame Arbeiterversammlung von ZZP und Fabrikarbeiterverband statt. Zunächst sprach Sosinski über die schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Misburger Zementindustrie und forderte die Polen auf, gemeinsam mit den deutschen Arbeitern ihre Interessen gegenüber den Unternehmern zu vertreten: »Es müssen Alle für Einen und Einer für Alle eintreten.«⁹³ Der Gewerkschaftssekretär des hannoverschen Fabrikarbeiterverbandes, Jakob Lewien, kritisierte besonders das Akkordsystem in den Zementfabriken. Durch die Nähe der Großstadt Hannover seien Mieten und Lebensmittel in Misburg sehr teuer, und die aufgestellten Lohnforderungen

89 Polizeiberichte über die ZZP-Versammlungen am 25. und 26. 6. 1907, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

90 Ebd.

91 Polizeibericht über die ZZP-Versammlung am 9. 7. 1907, ebd.

92 Rede Cichys in derselben Versammlung, ebd.

93 Rede Sosinskis nach dem Polizeibericht über die Versammlung am 21. 7. 1907, ebd.

seien so gering, daß die »fetten« und »bockbeinigen Unternehmer« diese ohne Probleme akzeptieren könnten.⁹⁴

Ohne Spannungen und gegenseitiges Mißtrauen ging der gegen die Zementfabrikanten gerichtete Schulterschluß der konkurrierenden Gewerkschaften freilich nicht vonstatten. Ein Bevollmächtigter des freigewerkschaftlichen Metallarbeitervereins meldete sich in derselben Versammlung zu Wort und »tadelte die schlechte Organisation der Cementarbeiter in Misburg«. Es spricht für die Toleranz der in der Mehrheit polnischen Versammlungsteilnehmer, daß es nicht zu Tumulten kam. Der wegen seiner Prononciertheit hier ausführlicher zitierte polizeiliche Überwachungsbericht gibt den Redebeitrag wie folgt wieder: »Die polnischen Arbeiter lesen keine Zeitungen, arbeiten viel zu lange und lieben die Schnapsflasche. Aus diesem Grunde sind sie stumpfsinnig und neigen zu Ausschreitungen. Wenn mal etwas in Misburg passiert, so sagen die deutschen Arbeiter: »Na, was kann man von den Misburgern verlangen, die Leute haben keine Bildung.« Die Polen wüßten mal gar nicht, was der 1. Mai bedeutet. Redner sprach dann über die Bedeutung der Maifeier mit dem Hinweise, daß die Polen nicht national, sondern international sein sollen. Wenn sie international werden, dann können sie auch ihre Lage verbessern.«⁹⁵ Ein deutscher Heizer »tadelte« die polnischen Arbeiter, weil sie für zu geringen Lohn arbeiteten und überhaupt »zu der dritten Klasse der Menschheit« gehörten.⁹⁶

Trotz der virulenten Ressentiments der deutschen Gewerkschafter gegenüber ihren polnischen Kollegen fanden neun bzw. zehn Tage später zwei weitere gemeinsamen Versammlungen im Gasthaus Rogalla statt, bei denen ein örtlicher ZZP-Funktionär in polnischer Sprache und der Gewerkschaftssekretär Lewien in deutscher Sprache vor den zusammen 400 Teilnehmern sprachen. Abschließend wurden für vier der fünf Zementfabriken Arbeiterkommissionen gewählt, die den Auftrag erhielten, den Direktionen die Forderung nach einem neuen Lohntarif zu unterbreiten. Weiterhin wurde die Abschaffung der schwarzen Listen, Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter, die Einrichtung einer besseren Badegelegenheit und eine »menschenwürdige Behandlung«⁹⁷ gefordert. Da aus der »Teutonia« keine Arbeiter bei den beiden Versammlungen erschienen waren, wurde für sie keine Arbeiterkommission gewählt und der neue Lohntarif der dortigen Unternehmensleitung nicht unterbreitet.⁹⁸

Ihren Höhepunkt erreichte die gewerkschaftliche Offensive in den eine Woche später stattfindenden Versammlungen, bei denen die Kommissionen über ihre Verhandlungen mit den Unternehmern berichten sollten. Der Polizeibericht spricht davon, daß rund 750 Misburger Zementarbeiter an den zwei wie üblich aufeinander folgenden Treffen teilnahmen. Nach den Berichten der Kommissionen hatten alle vier angesprochenen Unternehmensleitungen die vorgebrachten Forderungen abgelehnt. Der Direktor der »Hannoverschen Portland« hatte lediglich in Aussicht gestellt, daß ab 1. November 1907 eine allgemeine Lohn-erhöhung erfolgen werde. Bis dahin sollten die Arbeiter sich gedulden. ZZP-Gewerkschaftsfunktionär Korpus hob in seiner Situationsanalyse die schwache Position der Gewerkschaften hervor. Man werde versuchen, mit den Betriebsleitungen der Fabriken ins Gespräch zu kommen, müsse aber damit rechnen, daß diese jede Verhandlung mit den Gewerkschaften ablehnen könnten. Es gebe Anzeichen, daß die Unternehmer die Arbeiter in einen Streik »hineinjagen« wollten, um während der sich dann zwangsläufig ergebenden Arbeitspause ihre Fabrikanlagen zu überholen und zu modernisieren. Andererseits habe

94 Rede Lewiens bei derselben Versammlung, ebd.

95 Rede Fenskes bei derselben Versammlung, ebd.

96 Rede Langelotts bei derselben Versammlung, ebd.

97 Schreiben an die Unternehmer, nach dem Polizeibericht über die Versammlungen am 30. und 31. 7. 1907 im Gasthaus Rogalla, ebd.

98 Polizeibericht über die Versammlungen am 30. und 31. 7. 1907 im Gasthaus Rogalla, ebd.

man sich in der »Alten Fabrik« auch bereits für einen Streik gerüstet. Es seien 100 Strohsäcke gefüllt worden, um Übernachtungsmöglichkeiten für Streikbrecher zu schaffen. Das Hauptproblem des gewerkschaftlichen Vorgehens sei, daß fast die Hälfte der Arbeiterschaft in Misburg noch nicht organisiert sei. Nun sei es die vorrangige Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes, die noch nicht organisierten Kollegen zu mobilisieren. »Wenn alles organisiert ist, so kann es ruhig zu einem Streik kommen. Da erfährt jeder Arbeiter seine Unterstützung und braucht nicht zu hungern. Wir wollen dann sehen, wer es länger aushält, die Fabrikanten oder die Arbeiterschaft.«⁹⁹ Anschließend sprachen Lewien für den Fabrikarbeiterverband und Frankenberg für die christliche Gewerkschaft, wie der Polizeibericht ausdrücklich vermerkt, ganz im gleichen Tenor. Schließlich wurde vereinbart, erst bei einer Versammlung in zwei Wochen das weitere Vorgehen zu beschließen.

In einem Schreiben wurden die Unternehmer nochmals auf die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und die zur Diskussion stehenden »Lohndifferenzen« hingewiesen. Die Reaktionen der Betriebsleitungen weisen auf eine mit hoher Wahrscheinlichkeit koordinierte Strategie¹⁰⁰ der Arbeitgeber hin. Die »Cementfabrik Kronsberg« antwortete, »daß sie zur sachlichen Aussprache stets bereit sei, jedoch nur 12–15 Arbeiter im Accord beschäftige.« Die »Hannoversche Portland« stellte fest, es sei »zwecklos« mit der Arbeiterkommission »über die von ihr construierten Differenzen zu verhandeln, da ihre Arbeiter vollständig zufrieden seien.« Ebenso lehnten die »Germania« und die »Norddeutsche Portland« Verhandlungen ab, weil »Differenzen« mit ihren Arbeitern nicht bestünden.¹⁰¹ Angesichts der enttäuschenden Teilnahme von nur etwa 100 Zementarbeitern bei der folgenden Gewerkschaftsversammlung, stellte der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Lewien resigniert fest, »daß eine Lohnbewegung in den Misburger Cementfabriken nicht durchzuführen sei.«¹⁰² Als Vertreter der ZZP erklärte der Bochumer Bergmann Gresziak, daß der Zeitpunkt für die Lohnforderungen ungünstig gewesen sei und man mit neuen Aktivitäten bis zum nächsten Frühjahr warten müsse.¹⁰³ War es der »Teutonia« bereits frühzeitig gelungen, ihre Arbeiter von den Gewerkschaftsversammlungen fernzuhalten, so hatten inzwischen auch die Arbeiter der »Alten Fabrik« sich durch die neuerliche Festlegung auf ein Prämiensystem an ihren Betrieb binden lassen. Zwar wurde in der Versammlung beschlossen, die Agitation unter den Arbeitern der drei übrigen Fabriken durch eine gezielte Flugblattpropaganda fortzusetzen, aber die gewerkschaftliche Offensive war nunmehr eindeutig gescheitert.

In der Folgezeit gingen die Verbände wieder eigene Wege. Der ZZP hielt seine Gewerkschaftsversammlungen nach wie vor im polnischen Gasthaus Rogalla ab, während der Fabrikarbeiterverband im November 1907 zu einer in deutscher und polnischer Sprache abgehaltenen Veranstaltung in »Meyer's Garten«, dem traditionellen Treffpunkt der sozialdemokratischen Vereine, einlud.¹⁰⁴ Einen organisierten Vorstoß der Gewerkschaften zur Verbesserung der sozialen Lage der Misburger Zementarbeiter scheint es bis zum Ersten Weltkrieg aber nicht mehr gegeben zu haben.

99 Stenographischer Bericht über die Versammlung am 7. 8. 1907, ebd.

100 Firmenarchive standen mir leider nicht zur Verfügung. Auf meine diesbezüglichen Anfragen erwiderte die Teutonia Zementwerk AG am 21. 3. 1991, sie besitze kein Firmenarchiv, und die Hannoversche Portland teilte mir am 26. 2. 1991 mit, daß sie sich »in Abwicklung« befinde und Unterlagen aus der fraglichen Zeit nicht vorhanden seien. Die drei weiteren Misburger Zementfabriken hatten ihren Betrieb bereits früher eingestellt.

101 Polizeibericht über die Rede von Lewien auf der Versammlung am 22. 8. 1907, NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

102 Ebd.

103 Bericht über die Rede Gresziaks, ebd.

104 NHStA Hann. 174 Hannover I 135.

Die fast problemlose Abwehr der gewerkschaftlichen Forderungen gelang den Arbeitgebern aus mehreren Gründen: Erstens hatte die gewerkschaftliche Organisation unter den Zementarbeitern zwar durch das geschickte Auftreten des polnischen Berufsverbandes erhebliche Fortschritte gemacht, und die drei in Misburg maßgeblichen Organisationen fanden sich trotz prinzipieller Konkurrenz und erheblich voneinander abweichender gesellschaftspolitischer Positionen zu einer erfolversprechenden Koalition zusammen, aber letztlich blieb die organisatorische Basis aller drei Verbände auch zusammen noch zu schmal. Gerade in einer Industriebranche, die seit ihrer Etablierung auf einem wenig qualifizierten und prinzipiell immer wieder ersetzbaren Arbeitskräftepotential aufbaute, mußte der Organisationsgrad der Arbeiter besonders hoch sein, um gewerkschaftlichen Forderungen überhaupt Gehör zu verschaffen.

Zweitens erleichterte die sozio-kulturelle Heterogenität der Arbeiterschaft es den Arbeitnehmern, ihre Bedingungen durchzusetzen. Zwar war es aufgrund der vom Milieuzusammenhang her operierenden Agitation des ZZP gelungen, neben der deutschen auch die polnische Stammebelegschaft in den gewerkschaftlichen Organisationsprozeß einzubinden, aber nach wie vor bestanden soziale und kulturelle Gegensätze, die aktuell noch nicht überwunden werden konnten. Die Anwerbung der ruthenischen Kontraktarbeiter bot für die Unternehmen nicht nur die Möglichkeit, sich ein neues Reservoir billiger Arbeitskräfte zu erschließen, sondern bewirkte auch eine weitere interne Differenzierung der Belegschaft. Der Graben zwischen den preußischen Polen und den Ruthenen scheint mindestens so groß gewesen zu sein wie die Distanz zwischen dem deutschen und dem polnischen Arbeiterstamm.¹⁰⁵ Zudem kann die Tatsache, daß die Unternehmer trotz der empfindlichen Störung des Betriebsfriedens daran festhielten, ruthenische Saisonarbeiter per Kontrakt auch weiterhin zu beschäftigen¹⁰⁶, als Indiz gewertet werden, daß die skizzierte kulturelle Heterogenität durchaus erwünscht war.

Drittens stellten die unterschiedlichen Interessenlagen und die spezifischen Artikulationsformen der seßhaften Stammarbeiter einerseits und der hochmobilen Wanderarbeiter andererseits ein Problem für den gewerkschaftlichen Organisationsprozeß dar. In der hier analysierten Situation war ein großer Teil der Stammarbeiter offensichtlich darauf bedacht, seine soziale Lage langfristig durch eine wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretung zu verbessern. Die oft nur kurze Zeit in der Fabrik tätigen Wanderarbeiter handelten dagegen eher spontan und aktionistisch und waren deshalb kaum gewerkschaftlich zu organisieren.

Schließlich erwies sich der Zeitpunkt der Auseinandersetzung als ungünstig für die Arbeiter. Während die Fabriken regelmäßig in den Sommermonaten an Arbeitskräftemangel litten, füllten im Herbst Saisonarbeiter, die den Sommer über in der Landwirtschaft tätig gewesen waren, die in den Fabriken entstandenen Lücken. Prämiensystem und Anwerbungen wurden von den Unternehmern gezielt eingesetzt, um die Arbeiter in den Sommermonaten an die Zementfabriken zu binden. Aus Sicht der Gewerkschaften war es daher sehr ungünstig, einen möglicherweise längeren Arbeitskampf erst im September zu beginnen, als für die Arbeitgeber die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bereits in greifbare Nähe rückte. Zudem erscheint die Überlegung, daß die Unternehmer einen Arbeitskampf nutzen konnten, um die ohnehin immer wieder vorgenommenen Modernisierungen der Fabrikanlagen durchzuführen, nicht ganz abwegig.

105 Die Hakatisten sahen die vermehrte Beschäftigung von Ruthenen geradezu als »geeignetes Kampf- und Zurückdrängungsmittel gegenüber den Polen«; vgl. *Herbert*, Ausländerbeschäftigung, S. 53.

106 Aufgrund von Auseinandersetzungen mit den Behörden ist dies für die »Hannoversche Portland«, die »Teutonia« und die »Germania« für 1909 bzw. 1910 belegt. Vgl. NHStA Hann. 122a, 2892.

MILIEUBINDUNG UND ORGANISATIONSVERHALTEN

Da inzwischen mehrere regionale Studien über den Integrationsprozeß polnischer Zuwanderer und die vorübergehende Ausprägung eines eigenen Sozialmilieus vorliegen, ist die Frage nach der Generalisierbarkeit der im Rahmen der vorliegenden Fallstudie herausgearbeiteten Ergebnisse zu stellen. Bemerkenswert und erklärungsbedürftig ist der sehr unterschiedliche Erfolg des polnischen Berufsverbandes in den untersuchten Regionen. Während der ZZP in Hannover ebenso wie im Ruhrgebiet zur prägenden Milieuorganisation und vorübergehend zu einem ernsthaften Konkurrenten für die christlichen und Freien Gewerkschaften wurde, blieb er in Hamburg und Berlin weitgehend bedeutungslos.

Mitgliederzahl des Polnischen Berufsverbandes (ZZP) im Verhältnis zur Größe der polnischen Bevölkerungsgruppe

Region	ZZP-Mitglieder (1908) ¹⁰⁷	Polnische Bevölkerung insgesamt ¹⁰⁸	Organisationsgrad ^{108a}
Ruhrgebiet	40 842	ca. 265 000	ca. 15 %
Berlin	320	ca. 35 000	ca. 1 %
Hamburg	ca. 350	ca. 15 000	ca. 2 %
Bremen	ca. 1 030	ca. 13 000	ca. 8 %
Hannover	ca. 980	ca. 5 000	ca. 20 %

Offensichtlich gelang dem ZZP die gewerkschaftliche Organisation der im Ruhrbergbau und in der hannoverschen Zementindustrie beschäftigten Polen in hohem Maß. Bremen nahm eine Mittelposition ein, die daraus resultierte, daß zwar die Werftindustrie einen relativ hohen Organisationsgrad aufwies, nicht aber die örtliche Textilindustrie.¹⁰⁹ Dagegen blieb die Resonanz im Hamburger Raum¹¹⁰ und in Berlin gering. Zur Erklärung dieser unterschiedlichen Wirksamkeit des polnischen Berufsverbandes müssen mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Alle typischen Tätigkeitsfelder der Arbeitsmigranten zeichneten sich in Hamburg durch ein ausgesprochen niedriges Qualifikationsniveau aus. Die Männer verrichteten vor allem Erdarbeiten oder waren im Hafen tätig. Die Reiherstieger Wollkammerei warb ledige polnische Frauen und Mädchen gezielt als billige Arbeitskräfte an und trug dadurch zu einem untypischen Profil der polnischen Kolonie in Harburg-Wilhelmsburg bei. Die Frauen der polnischen Kolonie im Ruhrgebiet waren dagegen in der Mehrheit nachgeholte Ehefrauen oder Partnerinnen, mit denen eine Familie begründet wurde. Häufig wurde geklagt, daß der Lohn des Mannes kaum ausreiche, um die gesamte Familie zu er-

107 Angaben nach Kleßmann, Bergarbeiter, S. 231, Anmerkung 211, der sich auf eine in den Akten des westfälischen Oberpräsidenten enthaltene Aufstellung über die regionale Verteilung der Mitglieder des ZZP bezieht. Für die Regionen Hamburg, Bremen und Hannover wurden die Mitgliederzahlen unter Einbeziehung der Angaben von Barfuß, S. 229 und Hartmann, S. 758 f., Anm. 49 berechnet.

108 Angaben nach Kleßmann, Bergarbeiter, Tabelle S. 262; Hartmann, S. 618, der für 1905 32 600 und für 1910 37 600 Polen in Berlin angibt; Barfuß, S. 125; Hauschildt, S. 12. Da die im »Wiarus Polski« genannte Zahl von 21 000 Polen im Hamburger Raum überhöht erscheint, wurde die an gleicher Stelle zitierte Angabe des »Kurjer Posnanski« übernommen.

108a Hier bezogen auf die gesamte polnische Bevölkerung, nicht nur auf die beschäftigten Arbeitskräfte.

109 Barfuß, S. 228 f.

110 Hauschildt, Arbeitsmigranten, S. 118 f.

nähren. Dieser Wertmaßstab bildete auch in der Agitation des ZZP die akzeptierte Orientierungsmarke. Der Mann war in dieser Vorstellungswelt für die Erwerbsarbeit, die Politik und die Außenkontakte der Familie zuständig. Männer prägten dementsprechend auch das kirchliche wie das nationalpolnische Vereinswesen. Die Frauen, so wurde argumentiert, seien mit der Führung des Haushaltes und der Erziehung der oft zahlreichen Kinder voll ausgelastet. Zudem wurde eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau als Makel für den »Ernährer der Familie« empfunden.

In der Textilindustrie überlagerten sich also mehrere Faktoren, die einem durchgreifenden Erfolg des ZZP entgegenstanden. Generell war in Gewerbebezügen mit geringem Qualifikationsniveau und hohem Frauenanteil die Etablierung gewerkschaftlicher Organisation schwierig.¹¹¹ Hochmobile Arbeitskräfte tendierten, wie auch am Beispiel der Misburger Zementarbeiter belegt, eher zu spontanen Aktionen als zu längerfristigem Organisationsverhalten. Als im Februar 1906 rund 700 Arbeiter und Arbeiterinnen der Reiherstieger Wollkämmerei streikten, waren nur rund 100 von ihnen gewerkschaftlich organisiert.¹¹² Weiterhin muß in Betracht gezogen werden, daß Hamburg eine Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war, sich der ZZP also möglicherweise hier besonders schwer tat, Fuß zu fassen, oder auch überhaupt nur zögerliche Versuche in dieser Richtung gestartet haben könnte.¹¹³

Der geringe Erfolg des polnischen Berufsverbandes in Berlin scheint sich im wesentlichen auf drei Ursachen zurückführen zu lassen. Auch Berlin entwickelte sich während des Kaiserreiches zu einem Zentrum der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in dem der ZZP nur als »Außenseiter« auftreten konnte und zudem mit der rührigen polnischen sozialdemokratischen Partei (PPS)¹¹⁴ konkurrieren mußte. Weiterhin ist hervorzuheben, daß die Sozialstruktur der polnischen Bevölkerungsgruppe, ganz im Gegensatz zu allen anderen Zuwanderungsgebieten, in Berlin eher durch Handwerker und Kaufleute, Intellektuelle und Studenten geprägt war als durch Arbeiter. Berlin blieb mit seinen älteren Traditionen geradezu ein bürgerliches Gegengewicht zu dem sich im Ruhrgebiet neu entwickelnden proletarischen Zentrum der polnischen Emigration.¹¹⁵ Nicht zu unterschätzen ist auch die Tatsache, daß die polnischen Zuwanderer innerhalb der Stadt nur einen bescheidenen Bevölkerungsanteil darstellten und sich daher keine ausgeprägten polnischen Quartiere entwickelten, die sich im sozialen Raum der Dominanz des proletarischen Arbeitermilieus hätten entziehen können. In einigen Stadtvierteln stellten die Polen zwar 3 bis 4 % der Einwohner¹¹⁶, sie blieben damit aber in allen Berliner Bezirken nur eine eher unauffällige Minderheit. Die Entfaltung eines prägenden und stabilen Sozialmilieus scheint aufgrund dieser verstreuten Wohnsituation trotz der Aktivitäten der polnischen Presse und der polnischen Vereine, die als Integrationsklammer des Milieus hätten dienen können, nicht möglich gewesen zu sein. Durch die heterogenere Berufsstruktur und die Wohnumfeldbedingungen scheinen die Berliner Polen im Vergleich zu den polnischen Kolonien im Ruhrgebiet, in Misburg, Delmenhorst oder auch Wilhelmsburg einem vergleichsweise stärkeren Integrationsdruck ausgesetzt gewesen zu sein. So hielt eine Mehrheit der Polen zwar Distanz zur Sozialdemokratie, war aber dennoch eher bereit, sich den Freien Gewerkschaften anzuschließen als dem polnischen Berufsverband.¹¹⁷ Die Bremer Region scheint für den polnischen

111 Vgl. *Schönhoven*, Massenbewegung, S. 204.

112 *Hauschildt*, Zuwanderung, S. 333.

113 *Hauschildt*, Arbeitsmigranten, S. 118 f.

114 Zur PPS, die in Berlin seit 1891 mit der »Gazeta Robotnicza« sogar eine eigene Zeitung herausgab und in Hamburg-Altona und Bremen »Filialen« hatte, vgl. *Murzynowska*, S. 109.

115 Vgl. *Murzynowska*, S. 133 f.

116 *Hartmann*, S. 695.

117 *Hartmann*, S. 758 f.

Berufsverband eine mittlere Stellung eingenommen zu haben. Die Organisationserfolge des ZZP blieben hier in Relation zur Größe der polnischen Kolonie deutlich hinter dem Ruhrgebiet und Hannover/Misburg zurück, waren insgesamt aber nicht unerheblich. Man kann nur vermuten, daß die spezifischen Probleme im Textilsektor durch entwickelte gewerkschaftliche Strukturen auf den Großwerften teilweise ausgeglichen wurden. Eine genauere Analyse könnte erst auf der Basis einer näheren Untersuchung des sozialen und berufsspezifischen Profils der örtlichen ZZP erfolgen. Anders als in Berlin, Hamburg und Harburg-Wilhelmsburg gelang es dem sozialdemokratischen Milieu in Bremen jedenfalls nicht, die polnischen Kolonien in Delmenhorst und Blumenthal zu dominieren. Der ZZP stellte ein Auffangbecken für noch unerfahrene Arbeiter dar, die von den Freien Gewerkschaften nicht erreicht werden konnten.¹¹⁸

Der polnische Berufsverband war also dort am erfolgreichsten, wo eine selbst gewordene, ortsstabile polnische Arbeiterschaft vorhanden war, die zwar intensive Kontakte zu gewerkschaftlich organisierten deutschen Kollegen hatte, sich aber aufgrund ihres durch das Wohnquartier ganz wesentlich konstituierten Milieuzusammenhangs eher dem national geprägten Berufsverband anschloß. Regionen und Orte, deren demographische, soziale und politische Strukturen erst im Rahmen des Urbanisierungsprozesses der Hochindustrialisierungsperiode ausgebildet wurden, boten der ZZP dabei bessere Entfaltungsmöglichkeiten als Städte, in denen das proletarische Arbeitermilieu bereits entfaltet war und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine dominante Stellung erreicht hatte.

AUSBLICK UND RESÜMEE

Wie alle polnischen Milieuorganisationen verlor der polnische Berufsverband während der Weimarer Republik zunehmend an Bedeutung. Seine Mitgliederzahl sank reichsweit von 68 000 Mitgliedern im Jahr 1919 auf 3 000–5 000 Ende der zwanziger Jahre.¹¹⁹ 1926 organisierte die Ortsgruppe Misburg des ZZP nur noch etwa 80 Mitglieder.¹²⁰ Bei einer Delegiertentagung, die aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des ZZP am 30. Oktober 1927 in Bochum stattfand, wurde bedauert, daß ein großer Teil der ehemaligen Mitglieder inzwischen deutschen Gewerkschaften beigetreten sei.¹²¹ Die zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg sich profilierende eigenständige Subkultur der polnischen Kolonie in Misburg wurde weitgehend vom katholischen und proletarischen Milieu aufgesogen.¹²² Die zum Teil bis heute gepflegte kulturelle Traditionswahrung konzentrierte sich auf den religiösen und geselligen Bereich, wurde nicht mehr in eigenständigen Interessensorganisationen oder gar in einer politischen Bewegung umgesetzt.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der polnische Berufsverband bei der gewerkschaftlichen Organisation der Misburger Zementarbeiter zeitweilig eine führende Rolle

118 Barfuss, S. 229.

119 Vgl. dazu die jährlichen Berichte des Preußischen Innenministeriums über den Stand der Polenbewegung in Deutschland, NHStA Hann. 180 Hannover II 735 und NHStA Hann. 80 Lüneburg II 17c.

120 Der hannoversche Landrat an den Regierungspräsidenten, 14. 5. 1926, NHStA Hann. 180 Hannover II 735.

121 Jahresbericht 1928 über die polnische Bewegung, S. 46, ebd. Wegen Mitgliedermangels löste sich der polnische Berufsverband im Juli 1934 selbst auf. Vgl. Kleßmann, Zur rechtlichen und sozialen Lage der Polen im Ruhrgebiet im Dritten Reich, in: AfS 17, 1977, S. 183.

122 Offensichtlich optierte auch im Ruhrgebiet die Mehrheit der ZZP-Mitglieder nach dem Ersten Weltkrieg und der Etablierung eines polnischen Staates für Deutschland, so daß Kleßmann zu Recht von einer »fortgeschrittenen Integration der organisierten polnischen Bergarbeiter« sprechen kann. Vgl. Kleßmann, Klassensolidarität, S. 177 f.

einnahm. Der ZZP erhielt als Milieuorganisation das Vertrauen einer Mehrheit der polnischen Zuwanderer, die durch gesellschaftliche Diskriminierung in die »Defensive ihres Sozialmilieus« (Herbert) zurückgedrängt worden waren. Freilich war es nicht nur das Angebot kultureller Identitätswahrung, das einen entscheidenden Vorzug gegenüber der sozialistischen und christlichen Gewerkschaft darstellte. Die gewerkschaftlichen Organisationsversuche des ZZP setzten direkt bei den Sorgen und Interessen der Zementarbeiter an, ohne eine unrealistische Strategie zu propagieren. Der Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenmacht im Betrieb wurde, bei aller weltanschaulichen Konkurrenz, von Beginn an in Kooperation¹²³ mit den konkurrierenden Freien und christlichen Gewerkschaften initiiert. Insofern wird der von Kleßmann für die polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet herausgearbeitete Befund voll und ganz bestätigt: Der polnische Berufsverband ZZP »leistete [. . .] durch seine Existenz einen wesentlichen Beitrag zur Integration der zunächst schwer ansprechbaren und organisierbaren Einwanderer«.¹²⁴

Im Umgang der Freien und christlichen Gewerkschaften mit den ausländischen Arbeitnehmern spiegelt sich die Begrenztheit einer großen sozialen Emanzipationsbewegung wider. Das Selbstverständnis der gewerkschaftlichen Basis und die Politikvorstellungen der Gewerkschaftsfunktionäre bewirkten, daß sich die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in den deutschen Gewerkschaften weitgehend auf die deutschen Arbeiter beschränkte und der »fünfte Stand«¹²⁵, die aus fremden Kulturen zugewanderten Arbeitskräfte, zumindest zeitweise ebensowenig integriert wurden wie die Arbeiterinnen. Im Hinblick auf die heute bereits existente »multikulturelle« Industriegesellschaft sollte dieser historische Befund Anlaß sein, eine erhöhte Sensibilität für aktuelle Problemlagen zu entwickeln.

123 Kleßmann, *Klassensolidarität*, S. 166, hat festgestellt, daß der ZZP im Ruhrgebiet für den freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband im Ernstfall sogar ein zuverlässigerer Bundesgenosse war als die christliche Gewerkschaft.

124 Kleßmann, *Bergarbeiter*, S. 125.

125 Dix, *Slaventum*, S. 599.